

Demografischer Wandel im Kontext sozioökonomischer Prozesse und sozialräumlicher Entwicklungen: Mögliche Auswirkungen auf Phänomene der Gewaltkriminalität und Folgerungen für die Prävention

1. Fragestellung und Zielsetzung

Demografie und ihre Entwicklung werden in der Bundesrepublik Deutschland derzeit unter unterschiedlichsten Aspekten thematisiert. So etwa im Hinblick auf den Arbeitsmarkt und beschäftigungspolitische Fragen, die sozialen Sicherungssysteme – hier vor allem gesundheits- und rentenpolitische Facetten - sowie die familienpolitischen Konsequenzen, eher selten indessen unter einem sicherheitspolitischen Fokus und eventueller Auswirkungen auf die Kriminalitätsentwicklung sowie nicht zuletzt die Kriminalprävention.

Vorhersehbare sicherheitspolitisch relevante Auswirkungen komplexer sozioökonomischer Prozesse, sozialräumlicher Entwicklungen und erheblicher demografischer Veränderungen auf die Kriminalitätslage sollten nicht erst im Stadium der „Konkretisierungsphase“ aufgegriffen sondern bereits jetzt beschrieben werden, um rechtzeitig ursachenorientiert und im Wortsinne präventiv, nämlich zuvor kommend, politisch handeln zu können.

Folgend werden zunächst Möglichkeiten und Grenzen der Zukunftsforschung aufgezeigt, um dann auf der Grundlage aktueller Trendanalysen (ausgewählte) erkennbare Risiken der Gewaltkriminalität und entsprechende Handlungserfordernisse abzuleiten. Am Schluss stehen Handlungsmöglichkeiten, deren Umsetzung den gesellschaftspolitischen Akteuren empfohlen wird.

Die Darstellung knüpft an einen im vergangenen Jahr im Rahmen einer Projektinitiative der Stiftung Deutsches Forum für Kriminalprävention (DFK) erarbeiteten Problemaufriss an und leistet einen Beitrag zur aktuell auf gesellschaftlicher, politischer und auch wissenschaftlicher Ebene geführten „Zukunftsdebatte“, die als öffentlicher Diskurs die vielfältigen Erfordernisse heute notwendiger Weichenstellungen für die Zukunft der Gesellschaft bewusst machen soll. Bundespräsident Horst Köhler beteiligt sich an dieser Debatte mit dem von ihm zusammen mit der Bertelsmannstiftung initiierten „Forum Demographischer Wandel.“

2. Anmerkungen zu Möglichkeiten und Grenzen der Zukunftsforschung

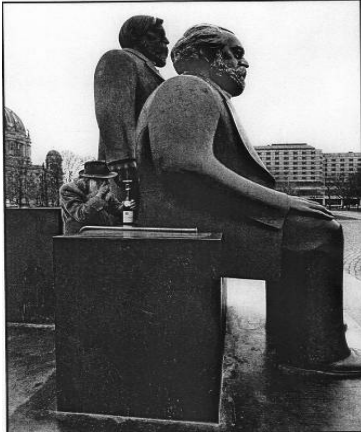
Für zukunftsorientierte (wissenschaftliche) Fragestellungen sind Begrenzungen des methodischen Vorgehens gegeben, die – im Gegensatz dazu - die Vergangenheits- und Gegenwartsforschung nicht betreffen. Aussagen über zukünftige gesellschaftliche

Entwicklungen können - zum Teil erhebliche - Unsicherheitsgrade nicht überwinden und deshalb auch nicht außer Acht lassen. Der demografische Wandel lässt sich zwar aufgrund der Stetigkeit wesentlicher Parameter (Geburtenrate, Lebenserwartung) unter bestimmten Annahmen und in bestimmten Bandbreiten nachvollziehbar fortschreiben. Schwieriger wird es jedoch im Hinblick auf Bereiche des ökonomischen und gesellschaftlichen Wandels sowie ihrer globalen Einflüsse Voraussagen zu treffen, um so schwieriger, wenn diese zueinander wie auch zum demografischen Wandel in komplexen Wechselbeziehungen stehen, die zudem nicht immer offenkundig sind oder gar quantifizierbar wären. Noch komplexer wäre die Analyse der Frage, wie sich strukturelle Entwicklungen auf die zukünftigen Lebenswelten der Menschen auswirken. Die damit verbundenen Einstellungen und Gefühle der Menschen sind schwer vorstell- und vorhersehbar, wenngleich z.B. eine Einschätzung dazu bedeutsam wäre, inwieweit als für die Gesellschaft riskant eingeschätzte strukturelle Entwicklungen tatsächlich die individuelle Motivation z.B. für gewalttätiges Verhalten bewirken würde.

In der Zukunftsforschung hat sich für Prognosemodelle vor allem vor dem Hintergrund der „Unsicherheitsproblematik“ die **Szenariomethode** durchgesetzt, die im Grundsatz verschiedene Entwicklungsmöglichkeiten z.B. gesellschaftlicher Verhältnisse aufzeigt, die sich aus der Kombination unterschiedlicher Annahmen über die zukünftige Entwicklung zu den (meist von Experten) als relevant erachteten Einflussfaktoren ergeben. Die Annahmen basieren auf dem Erfahrungswissen (der Experten) zum Zeitpunkt der Prognoseerstellung und können mit Wahrscheinlichkeitsaussagen versehen werden. Mit Hilfe der Szenarien lassen sich dann Risiken und Chancen beschreiben, aus denen wiederum jeweilige Handlungserfordernisse abgeleitet werden können. Der Komplexitätsgrad steigt mit der Anzahl und der Kombinationsdichte der zugrunde gelegten Einflussfaktoren. Szenarien sind insoweit begründete Zukunftsmodelle, die unter Umständen auch sehr unterschiedlich ausfallen können und deshalb geeignet sind, die Extrempunkte erwartbarer Ergebnisse auszuloten. Sie erheben gerade nicht den Anspruch, lediglich eine wahrscheinliche Zukunft vorauszusagen und sind gegenüber als Prophetien bezeichneten Vorausverkündungen göttlicher Eingebung und menschlicher Erleuchtung rational begründet. Was am Ende herauskommen kann, hängt von dem am Anfang stehenden Blick und den vorne eingegebenen Prämissen ab. Langfristige Vorhersagen sprechen notwendiger Weise andere Dimensionen an als kurzfristige Einschätzungen etwa zur Eintrittswahrscheinlichkeit eines bestimmten Ereignisses.

Einfache **Projektionen** hingegen sind Fortschreibungen bereits festgestellter Entwicklungen unter Annahme spezifischer Gesetzmäßigkeiten. Sie sind dann für die Zukunftsbeschreibung geeignet, wenn von einer Kontinuität der Entwicklung begründet ausgegangen werden kann

oder die Folgen bereits vergangener Entwicklungen sich mit einem Zeitverzug in der Zukunft (sichtbar) auswirken (wie z.B. der Geburtenrückgang in der Vergangenheit die Altersstruktur der Bevölkerung erst in größeren Zeitabständen spürbar verändert).



Genannte Verfahren unterscheiden sich von **generalisierenden Theorien** zu den großen Zusammenhängen weltgeschichtlicher Entwicklungen, die kenntnisreich und schlüssig etwa den „Untergang des Abendlandes“ (Oswald Spengler, 1918) vorhersagen oder den Übergang in eine bessere z.B. „klassenlose“ Gesellschaft (Karl Marx, Friedrich Engels 1848) versprechen. Diese Interpretationen der Zeitläufte zeigen das vielfältige, komplexe Ineinandergreifen von ökonomischen, kulturellen und soziologischen Parametern und den Einfluss internationaler Entwicklungen auf innergesellschaftliche Prozesse, allerdings im Rahmen umstrittener Gesetzmäßigkeiten.

Aktuelle Zukunftsbeschreibungen dieser Kategorie (Jan Roß: Was bleibt von uns? Das Ende der westlichen Herrschaft., Berlin 2008; Jacques Attali: Die Welt von Morgen. Eine kleine Geschichte der Zukunft, Berlin 2008; Youssef Courbage / Emmanuel Todd: Die unaufhaltsame Revolution, München 2008), die sich etwa mit den Thesen von Francis Fukuyama vom „Ende der Geschichte“ (1992) und Samuel Huntington zum „Kampf der Kulturen / Zivilisationen“ (1993) auseinandersetzen, beschreiben unterschiedliche Zukunftsvarianten zwischen den Polen eines Niedergangs westlicher Weltdominanz und einem langfristigen Erfolg demokratischer Ideen.



Der Blick in die Zukunft ist weiterhin vom jeweiligen **Zeitgeist** geprägt – gemeint ist ein über einen gewissen Zeitraum vorherrschendes Klima, das mehr oder weniger optimistisch bzw. pessimistisch Zukunftsaussichten zum Ausdruck bringt und somit auch den öffentlichen bzw. politischen Diskurs bestimmt. Der Wandel des Zeitgeistes ist sowohl durch langfristige Trends (vgl. etwa Umwelt-/Klimadebatten) als auch durch spektakuläre Einzelereignisse (z.B. Ölkrise 1974, Tschernobyl 1986, 11. September 2001) beeinflusst.

Wie auch immer: Planerische Entscheidungen von Menschen sind von **Erwartungen** über zukünftige Entwicklungen mitbestimmt. Politische, unternehmerische wie private



Entscheidungsträger orientieren sich in unterschiedlichem Ausmaß systematisch, langfristig vorausschauend an einer Folgenabschätzung ihres Handelns bzw. Nichthandelns in einem Kontext vielfach nicht selbst beeinflussbarer Prozesse.

Ein Ergebnis dieser Überlegungen zu Möglichkeiten und Grenzen der Zukunftsforschung ist, dass es kaum möglich ist, brauchbare Zukunftsbilder über längere Frist zu skizzieren. Dennoch werden für die heutige Entscheidungsfindung **Einschätzungen** zur Zukunft benötigt, die möglichst rational entwickelt werden sollten.

Das aufgezeigte methodische Dilemma wird in der weiteren Darstellung noch deutlicher und findet entsprechende Berücksichtigung.

3. Ein Panorama des demografischen Wandels in Deutschland

Umfang, Altersaufbau und ethnische Zusammensetzung der Bevölkerung verändern sich nach den Verwerfungen des Zweiten Weltkrieges im europäischen Raum wieder kontinuierlich und nur über längere Zeiträume betrachtet merklich („Trägheit des Prozesses“). Wichtige Komponenten der Betrachtung einer aggregierten Bevölkerungsentwicklung sind Geburtenhäufigkeit, durchschnittliche Lebenserwartung und Außenwanderungssaldo.

Das Statistische Bundesamt in Wiesbaden gibt mit der mittlerweile 11. Bevölkerungsvorausberechnung einen Ausblick bis zum Jahr 2050 (Statistisches Bundesamt, Bevölkerung Deutschlands bis 2050, Wiesbaden 2006). Heute festgestellte demografische Entwicklungen werden unter festgelegten Annahmen fortgeschrieben, haben allerdings mit zunehmendem Abstand zum Basiszeitpunkt (hier 31.12.2005) nur Modellcharakter. Die Berechnung geht von einer Geburtenhäufigkeit auf niedrigem Niveau

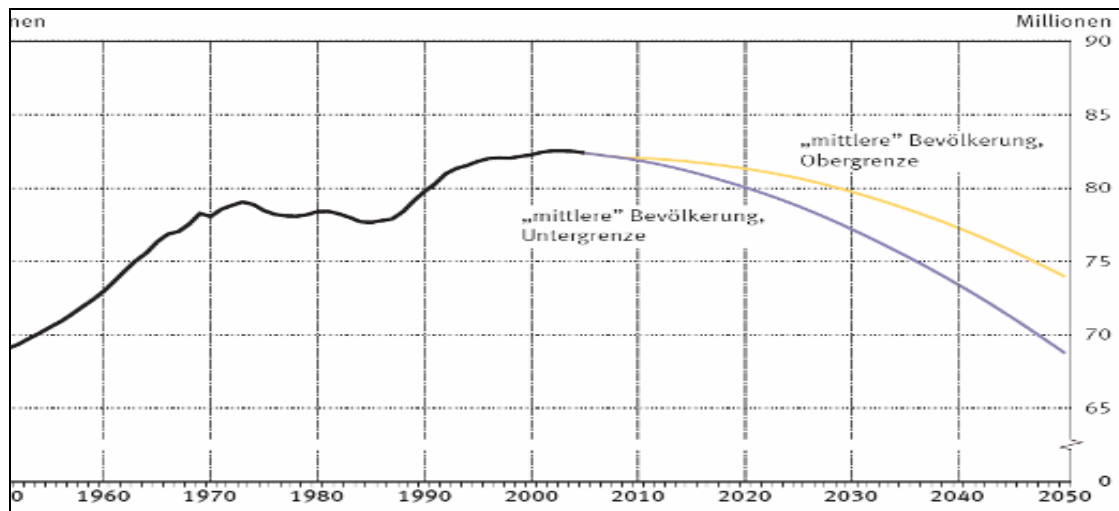
(drei Annahmen: 1,2 oder 1,4 oder 1,6 Kinder pro Frau), einer zunehmenden Lebenserwartung (zwei Annahmen des Anstiegs) und einem jährlichen Wanderungsüberschuss ausländischer Personen (zwei Annahmen 100.000 oder 200.000 im Hinblick auf die Höhe der Außenwanderungsgewinne) aus. Zwölf unterschiedliche Varianten ergeben sich, von denen zwei „mittlere Varianten“ für die Ergebnisdarstellung herangezogen werden.

Variante	Geburtenhäufigkeit (Kinder je Frau)	Lebenserwartung bei Geburt in 2050	Wanderungs- saldo (Personen/Jahr)
„Mittlere“ Bevölkerung, Untergrenze	annähernd konstant bei 1,4	Basisannahme: Anstieg bei Jungen um 7,6 und bei Mädchen um 6,5 Jahre	100 000
„Mittlere“ Bevölkerung, Obergrenze			200 000
„Relativ junge“ Bevölkerung	leicht steigend auf 1,6	Basisannahme	200 000
„Relativ alte“ Bevölkerung	leicht fallend auf 1,2	Hoher Anstieg: bei Jungen um 9,5 und bei Mädchen um 8,3	100 000

(Abb. 1: Annahmen der 11. Bevölkerungsvorausberechnung, StaBu 2006)

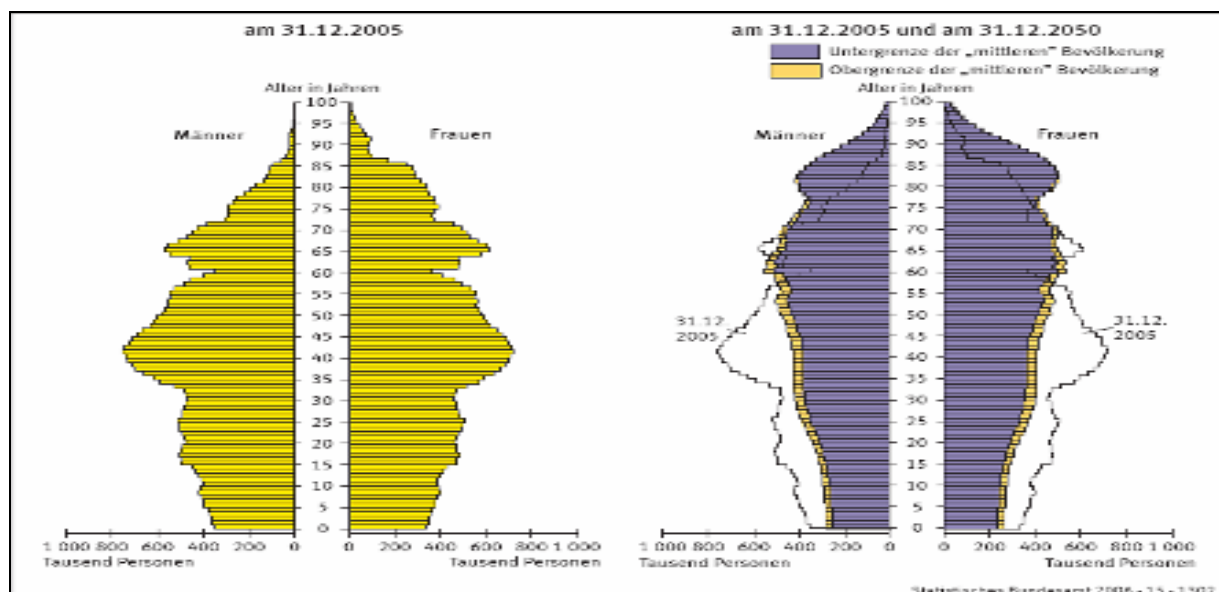
Einzelne Befunde sind:

- Die niedrige Geburtenhäufigkeit führt dazu, dass die Anzahl der potenziellen Mütter immer kleiner wird und damit die Zahl der geborenen Kinder rapide abnehmen wird.
- Das Hineinwachsen der geburtenstarken Jahrgänge – bei steigender Lebenserwartung - in hohe Altersgruppen führt in den kommenden fünfzig Jahren zu einer Zunahme der jährlichen Sterbefälle.
- Da die Zahl der Gestorbenen die Zahl der Geborenen künftig immer mehr übersteigt, wird die Bevölkerungszahl trotz Zuwanderung schrumpfen. Je nach Variante der Vorausberechnung wird die Bevölkerungszahl zum Jahr 2050 in Deutschland zwischen 69 und 74 Millionen betragen. Ende 2005 lebten in Deutschland 82,4 Millionen Menschen.



(Abb. 2: Entwicklung der Bevölkerungszahl bis 2050, Statbu 2006)

- Die Relationen zwischen den Altersgruppen werden sich künftig stark verändern.
- Der Gesamtzahl der jungen Menschen unter 20 Jahren wird bis zum Jahr 2050 um mehr als 30% auf etwa 11 Millionen abnehmen.
- Der Anteil der über 80jährigen könnte sich (auf etwa 10 Millionen) verdreifachen.
- Der Anteil der mittleren Altersgruppe wird deutlich abnehmen.
- Das Verhältnis zwischen der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter (20-65 Jahre) und den Senioren, der so genannte Altenquotient, wird sich entsprechend deutlich (von 30% auf 60%) verändern. Auch der Anteil der Älteren innerhalb der Gruppe der Personen im Erwerbsalter wird erheblich zunehmen. Die Gesellschaft wird älter werden.



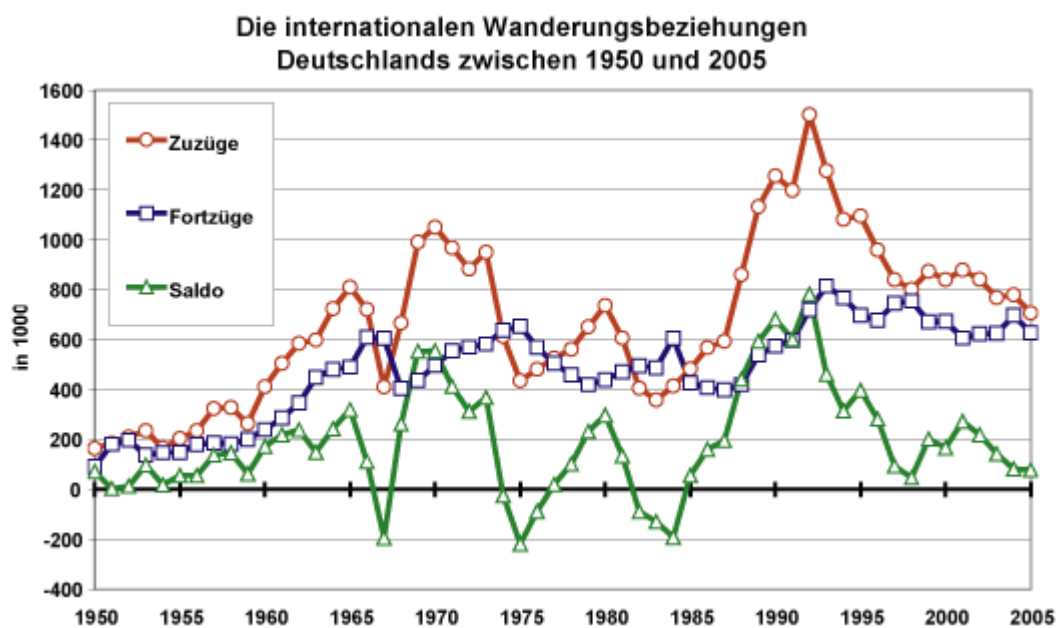
(Abb. 3: Altersaufbau der Bevölkerung 2005 und 2050, StaBu 2006)

- Der Jugendquotient (unter 20jährige im Verhältnis zur Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter) wird in etwa stabil bleiben.

- Der Gesamtquotient steigt von etwa 65% auf 90%, d.h. auf 100 Erwerbspersonen kommen im Jahr 2050 etwa 90 Menschen im Ausbildungs- oder Rentenalter.

Zu den Aspekten der Wanderungsbewegungen aus und nach Deutschland sowie innerhalb Deutschlands geben Erkenntnisse des Bundesamtes für Bauwesen und Raumordnung Auskunft (www.bbr.bund.de).

- Dass es auch zukünftig große Schwankungen im Außenwanderungssaldo geben wird, kann aufgrund des vergangenen Verlaufs (typische Eigenschaft) vermutet werden.

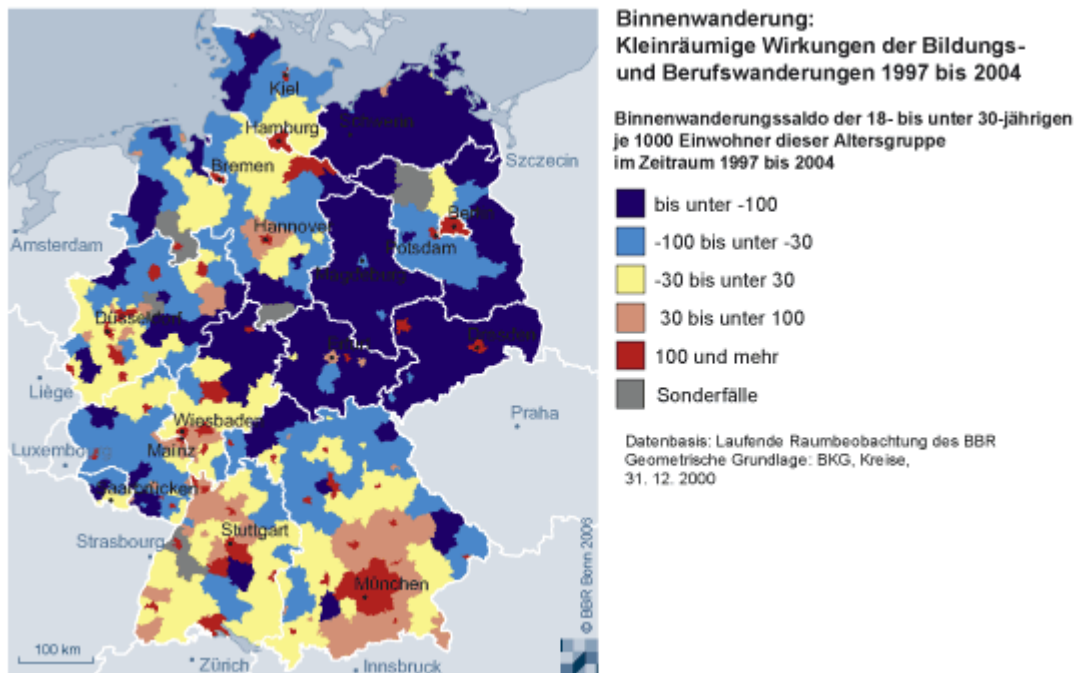


(Abb. 4: Die internationalen Wanderungsbeziehungen Deutschlands 1950-2005, BBR 2006)

Mit zunehmender räumlicher Differenzierung steigt in der Regel die Bedeutung von Wanderungen gegenüber den natürlichen Bewegungen (Geburten, Sterbefälle) für die Bevölkerungsentwicklung. Darüber hinaus sind Wanderungen, insbesondere Binnenwanderungen auch ein aussagekräftiger Indikator für regionale Disparitäten in den Bereichen Wohnungsmarkt, Arbeitsmarkt oder generell für Unterschiede in der Attraktivität von Regionen.

Binnenwanderungen werden sinnvollerweise nach Altersgruppen unterschieden. Die Wanderungen können dadurch näherungsweise mit den unterschiedlichen Motiven verbunden werden, die in bestimmten Lebensphasen dominieren. Auch hinter einem ausgeglichenen altersübergreifenden Wanderungssaldo verbergen sich häufig gegenläufige Bewegungen der einzelnen Altersgruppen.

Von besonderer Bedeutung für die Bewertung der „Zukunftsfähigkeit“ einer Region ist die Betrachtung der Wanderungsbewegungen der 18-30jährigen.



(Abb. 5: Binnenwanderung in Deutschland 1997-2004, BBR 2006)

- Bildungs- und Arbeitsmarktwanderung: In der Altersgruppe der 18- bis unter 30-Jährigen sind die Bildung und die Erzielung von Erwerbseinkommen die zentralen Motive für Wanderungsentscheidungen. Für diese Gruppen sind die Städte mit ihren Hochschulstandorten und ihrem Arbeitsplatzangebot das bevorzugte Wanderungsziel. Der abgebildete Trend der Entleerung von Gebieten (s.o.) wird sich fortsetzen.

4. Ein Blick in zukünftige Lebenswelten

Für einen Blick in zukünftige Lebenswelten sind die Voraussagen zur Bevölkerungsentwicklung bedeutsame aber keineswegs hinreichende Informationen. Das *Deutsche Institut für Altersvorsorge (DIA)* in Köln hatte deshalb 36 Zukunftsforscher gefragt, was sie für das Jahr 2020 prognostizieren und projizieren (vgl. DIA, Lebenswelten 2020 – So werden wir leben, Köln 2003). Aus den Aussagen der Experten wird deutlich, wie umfassend sich die Lebenswelten der Menschen verändern können und werden. Aspekte werden hier stichwortartig wiedergegeben:

- **Gesellschaft** - Veränderte Lebensstile in den sozialen Gruppen aber auch in Altersgruppen; das Klischee der „Vergreisung“ der älteren Menschen wird sich wandeln
- **Individuum** – Immer mehr Möglichkeiten: Abnahme traditioneller Bindungen und Organisationsformen, Zunahme der „Optionen“ bei der Gestaltung von Lebenswegen

machen die Gesellschaft als Ganzes widersprüchlicher (Mosaikgesellschaft) und generieren Verlierer und Aussteiger, die neue Formen der Gemeinschaftsbildung suchen

- **Technik** - in permanenter Innovation: insbesondere auf Anwendungsgebiete, die im unmittelbaren menschlichen Umfeld liegen (z.B. Ernährung, Medizin, Umwelt, Verkehr, Wohnen/Bauen, Sicherheit)
- **Wirtschaft** - Wissen dominiert: Der erfolgreiche Umgang mit Informationen und das Management von Informationsflüssen zwischen Menschen wird zur Schlüsselqualifikation.
- **Arbeitswelt** –
 1. Die Arbeit der Zukunft findet in Netzwerken statt, in einer auf Kurzfristigkeit und Elastizität ausgerichteten Ökonomie; Prinzip der lebendigen Selbstorganisation: Lebenserfolg im ganzheitlichen Sinne, verstanden als die harmonische Verbindung von Beruf, Familie, privaten Interessen und Alltag wird zum Ziel der neuen Lebensunternehmer (bei zunehmender Instabilität von Arbeitsverhältnissen);
 2. Wissen ist die ultimative Ressource: Menschen mit geringen intellektuellen Fähigkeiten und materiellen Möglichkeiten werden zunehmend ausgeschlossen;
 3. keine Karrierebarrieren für Frauen;
 4. Manager als integrierende Generalisten;
 5. der globale/grenzenlose Unternehmenstyp begründet eine weltweit einheitliche Firmenkultur; Mittelstand verliert an Bedeutung; Marktnischen werden von neuen Kleinstunternehmen genutzt;
 6. Internet schafft völlig neue Beziehungen zwischen Unternehmen und Verbrauchern (Vernetzung, Beschleunigung, Transparenz) und führt zur Reorganisation traditioneller Wertschöpfungsketten; maßgeschneiderte Massenfertigung wird ermöglicht;
 7. Weiter von der Industrie- zur Dienstleistungsgesellschaft: Auch Dienstleistungen können noch erfunden werden.
- **Lebensweise** -
 1. Zeit zu haben wird immer wichtiger und schwieriger, Zeitsouveränität wird ein Wohlstandsparameter,
 2. Alltag total digital: IuK-Techniken werden immer mehr zu einer Verlängerung und Erweiterung der Fähigkeiten des Menschen beitragen und durchdringen alle Lebensbereiche. Die Abhängigkeit steigt. Entsteht ein Leben im „computerisierten Kokon“?
 3. Abnahme des gesellschaftlichen Einflusses der traditionellen christlichen Religionen und Kirchen, allerdings steigende religiöse, therapeutische, soziale, spirituelle und moralische Bedürfnisse und Zulauf zu „maßgeschneiderten“ Angeboten,

4. Konsum: Die Verbrauchergruppen driften auseinander, Wohlstand-Paradox: Im gleichen Maße, wie sich Armut und Arbeitslosigkeit ausbreiten, entstehen neue Konsumwelten und Erlebnisindustrien, Erosionserscheinungen in der Mittelschicht führen zu Veränderungen im Sparverhalten,
5. Staat und Bürger: Die „Ökonomisierung des öffentlichen (und des privaten) Lebens“ führt zu einer Versachlichung / Ernüchterung im politischen Denken, Grundsatz der Subsidiarität, Issue Politics, Bürgergesellschaft fordert vor allem von der Wirtschaft mehr Einsatz für das Gemeinwesen,
6. Körper und Seele: Aktive Gesundheitspflege /-vorsorge, Prinzip der Selbstheilung, Körperkult, Selbstmarketing, Echtzeit-Stress, Info-Overload, Internet-Sucht / Persönlichkeitsspaltungen; ihre Arbeit und gleichzeitig das eigene Leben sinnvoll und selbstverantwortlich zu gestalten, überfordert viele Menschen, Zunahme von physischen und seelischen Erschöpfungen und Erkrankungen, Therapeuten-Boom,
7. Wohnen: Kleinräumige und nachbarschaftliche Lebensgemeinschaften sind die Antwort auf den städtebaulichen Gigantismus in den „Mega-Cities“, weltweit persönliche Netzwerke („Beziehungstourismus“), Telearbeit daheim, Wiederentdeckung des ländlichen Raumes.

Diese Stichworte geben einen Eindruck vom bevorstehenden gesellschaftlichen Wandel. In welcher Geschwindigkeit und mit welchen vielfältigen Wechselwirkungen er sich vollzieht, kann man nur mutmaßen. Völlig offen bleibt, wie die Menschen den Wandel und seine Auswirkungen auf die konkreten Lebensschicksale tatsächlich empfinden werden, wie sie denken und fühlen werden. Zu diesen Aspekten hatte die Universität Potsdam im März 2007 eine interdisziplinär besetzte Tagung „Soziodemografischer Wandel – Soziale und kulturelle Konsequenzen für Jugendliche“ veranstaltet.

5. Erkenntnisse und Überlegungen zum Zusammenhang von demografischem Wandel und Kriminalitätsentwicklung

Kriminalität ist als gesellschaftliches Phänomen und Problem eine abstrakte Dimension, die sich in - als strafbar normierten - Verhaltensweisen einzelner Menschen, in einzelnen und qualitativ sehr unterschiedlichen Delikten in der Lebenswelt konkretisiert und sich im Zeitlauf auch verändert, ein sehr vielfältiges Explanadum also, mit unterschiedlichen Differenzierungs- und Kategorisierungsmöglichkeiten. Die Auswirkungen des demografischen Wandels müssten demzufolge im Hinblick auf die Entwicklung einzelner Deliktsbereiche / Delikte, auf die Deliktsstruktur, auf die Veränderung von Tatgelegenheiten,

Tätermotivationen und Viktimisierungsrisiken sowie auf die Herausbildung Devianz fördernder Faktoren eingeschätzt werden, z.B. im Hinblick auf Gewaltphänomene.

Einen ersten Ansatz haben etwa Wolfgang Heinz / Gerhard Spiess in Ihrer Projektion „*Demographischer Wandel und Kriminalität junger Menschen bis zum Jahre 2050*“ (vgl. *forum kriminalprävention* 3/2005) gewählt. Unter der Annahme konstanter Belastungsniveaus der Altersgruppen werden langfristige Trends unter besonderer Berücksichtigung der zuletzt beobachteten Trends fortgeschrieben, eine Modellrechnung, die zeigt, wie auf der Basis der derzeit beobachteten altersgruppenspezifischen Tatverdächtigenbelastung und der derzeit plausibel anzunehmenden demografischen Veränderungen – bei sonst unveränderten Bedingungen – die Entwicklung der Tatverdächtigenzahlen und der Deliktsstruktur erwartbar ist. Diese Vorgehensweise wird von den Wissenschaftlern jedoch selbst für problematisch gehalten, weil zahlreiche weitere Faktoren der Kriminalitätsentwicklung nicht oder nur statisch einbezogen werden. Das Ergebnis ist eher unspektakulär: „Insgesamt ist mittelfristig eine stärkere Abnahme bei den typischerweise von jungen Menschen begangenen leichteren Delikten und ein Zunahme bei schwereren, erwachsenentypischen Delikten zu erwarten. Die absehbaren Verschiebungen sind aber insgesamt sehr gering.“

Zur „*Phänomenologie der Alterskriminalität*“ stellt Klaus Laubenthal (vgl. *forum kriminalprävention* 3/2005) fest: Die relative Belastung der alten Menschen liegt heute deutlich unter ihrem Bevölkerungsanteil (Unterbelastung). Es lassen sich keine altersspezifischen Delikte feststellen, d.h. Delikte, die in der Mehrzahl von alten Menschen begangen werden. Eine Besonderheit liegt eher in einem begrenzten Deliktsspektrum. Eigentums- und Verkehrsdelikte nehmen den ganz überwiegenden Anteil der Alterskriminalität ein. Weiterhin gibt es strafbares Verhalten älterer Menschen, dessen Ätiologie und Begehungsweise als alterstypisch zu bezeichnen ist (z.B. bei verbaler Beleidigung, einfacher Diebstahl, Betrug, Sachbeschädigung). Alterskriminalität ist ganz überwiegend sog. Spätkriminalität, d.h. etwa drei Viertel der Altersdelinquenten geraten erstmals ins Hellfeld und werden wegen einer Straftat sanktioniert. Alterskriminalität gründet nicht selten auf dem physischen, psychischen und sozialen Alterungsprozess, was zu unterscheiden wäre von einer „späten“ Aufdeckung einer lebenslangen kriminellen Karriere. Auch können sich früher entstandene und manifestierte Dispositionen erst im Alter in kriminellem Verhalten auswirken.

Der steigende Anteil alter Menschen an der deutschen Bevölkerung bleibt nicht ganz ohne Auswirkungen auf deren Kriminalitätsbelastung, die entsprechend der Vorgehensweise von

Heinz/Spiess quantifiziert werden könnte. Dennoch sind dramatische Verschiebungen hin zu statistisch signifikanter Alterskriminalität dabei nicht zu erwarten.

Aus der Opferperspektive betrachtet steigen die Herausforderungen bei der Eindämmung von Gewalt gegenüber alten pflegebedürftigen Menschen sowohl im familiären Umfeld als auch in stationären Pflegeeinrichtungen. Verlässliche Daten zur aktuellen Lage liegen nicht vor und fraglich ist, ob sie jemals ermittelt werden können. Wenn die Zahl der pflegebedürftigen Menschen aus demografischen Gründen steigen wird, dann ist auch mit einer Zunahme der Gewaltphänomene in diesem Zusammenhang zu rechnen.

Ohne nun die Quantität der Entwicklung von Gewalt gegen Pflegebedürftige genau voraussagen zu können, scheint es aber geboten, die bereits vorhandene Sensibilisierung bei den relevanten Präventionsakteuren aufzugreifen und die bisherigen Präventionsansätze und –konzepte weiterzuentwickeln und ihre Umsetzung auf allen Ebenen deutlich stärker zu fördern (vgl. Deutsches Forum für Kriminalprävention / Polizeiliche Kriminalprävention der Länder und des Bundes: Geborgenheit schenken, Schutz bieten - Sicherheit für Senioren, Berlin / Stuttgart 2006). Entscheidend wird für diese Bemühungen eine umfassende Verbesserung der Rahmenbedingungen für eine menschenwürdige Pflege sein.

Die bisher beschriebenen Ansätze der „Kriminalprognose“ berücksichtigen kaum den Kontext der dynamischen ökonomischen und gesellschaftlichen Veränderungsprozesse im 21. Jahrhundert. Die Fragen nach den Risiken und deren sicherheitspolitisch bedeutsamen Auswirkungen in einer „Welt/Gesellschaft im Umbruch“ bleiben dort ausgeklammert und damit auch unbeantwortet.

Vor dem Hintergrund, dass der demografische Wandel insbesondere in Kombination und Wechselwirkung mit weiteren ökonomischen und gesellschaftlichen Prozessen tiefgreifende Veränderungen erwarten lässt, erhielte eine Betrachtung der Auswirkungen dieses Wandels erst dann eine (politische) Aussagekraft, wenn die Auswirkungen auf die Entstehungsbedingungen von Kriminalität und damit auf die Veränderung von Risikopotentialen / denkbaren Risiken untersucht werden.

Der von der *Kriminalistisch-Kriminologische Forschungsstelle des Landeskriminalamtes Nordrhein-Westfalen* vorgelegte Bericht „Trends der Kriminalität in NRW – Eine Zeitreihenanalyse unter Berücksichtigung demographischer und ökonomischer Entwicklungen“ (Düsseldorf 2006) beschreibt die Schwierigkeiten, für Zukunftsaussagen relevante ökonomische und gesellschaftliche Dimensionen festzulegen. Er benennt dennoch einzelne Indikatoren (Anteil der männlichen 14-24jährigen Personen an der Bevölkerung,

Arbeitslosenquote und private Konsumausgaben) und kommt mit Hilfe einer Zeitreihenanalyse zu dem Ergebnis gegenläufiger Trends: „Dem Zuwachs der Häufigkeitszahlen bei Körperverletzung, Raub und Betrugsdelikten stehen Rückgänge bei schweren Diebstahlsdelikten, Mord und Totschlag gegenüber.“ Die Entwicklung der Gesamtkriminalität in den letzten dreißig Jahren korreliert jeweils positiv mit den Indikatoren: „Je höher der Anteil der jungen Männer an der Bevölkerung, die die höchste Tatverdächtigenbelastung in der Bevölkerung aufweisen, desto mehr Straftaten werden registriert. Bei steigender Arbeitslosenquote und auch bei steigenden Konsumausgaben steigt die Gesamtkriminalität.“ Es wird die Frage aufgeworfen, welche gesellschaftlichen Dimensionen mit der Entwicklung von Kriminalität überhaupt und in welchem Umfang in Beziehung stehen. Je nach Deliktsform scheinen unterschiedliche Variablen von Bedeutung, die – abgesehen von der Demografie - nur sehr unsicher bzw. ungenau vorhersehbar sind. Im Fazit wird erklärt, dass auf der Basis von Zeitreihenanalysen wie auch auf der Basis anderer methodischer Verfahren Entwicklungen der Kriminalität kaum verlässlich prognostiziert werden können: „Die Gründe dafür ergeben sich daraus, dass auf die Kriminalitätsentwicklung sehr viele verschiedene gesellschaftliche Kräfte einwirken und sich auch diese Kräfte verändern.“ Nicht ein einzelner Faktor ist das Explanans, sondern die Verkettung unterschiedlicher Parameter.

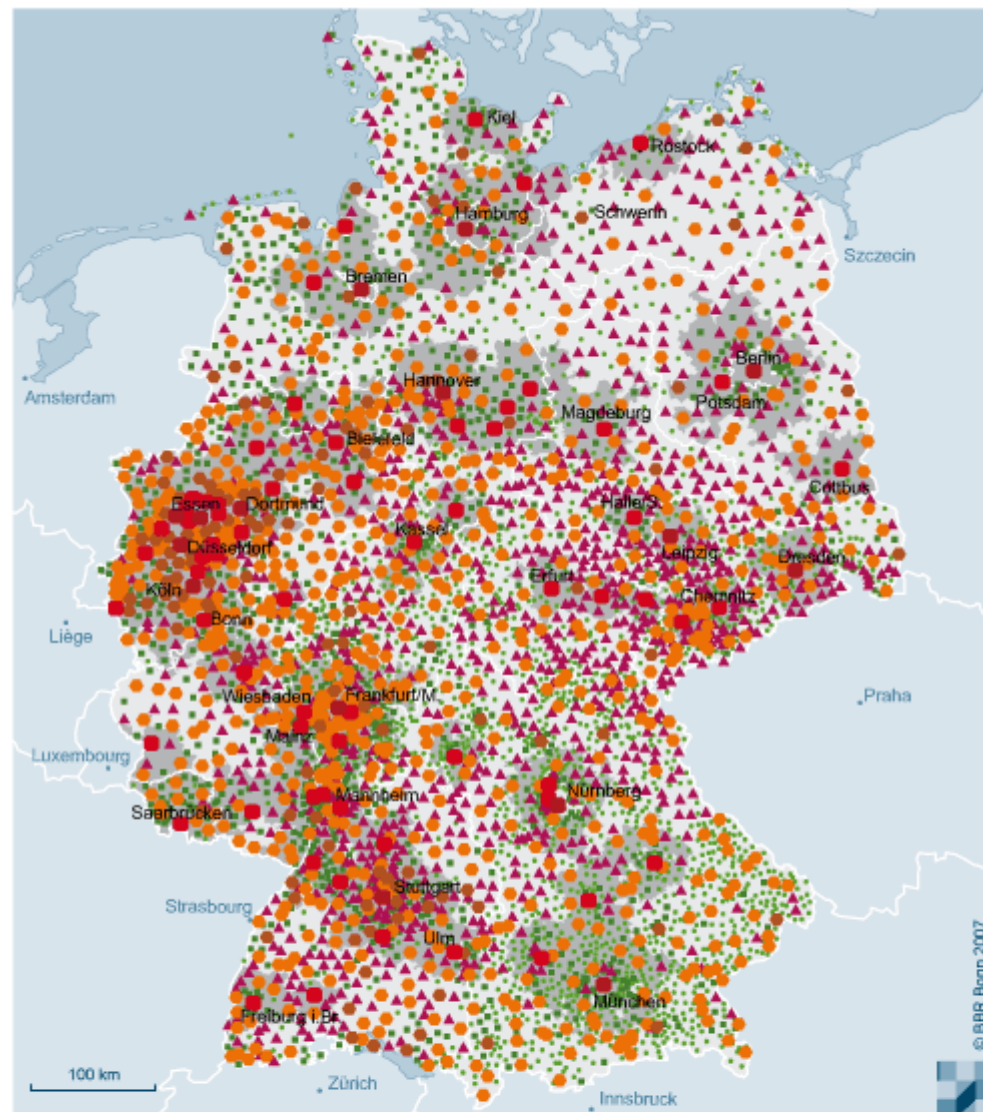
Wesentliche Parameter, die für die Fortentwicklung einer intakten und für alle lebenswerten Gesellschaft als bedeutsam erkannt sind und in die Betrachtungen einbezogen sein müssten, werden vielfach für folgende Bereiche beschrieben: ökonomische Innovationskraft, Wachstum der Volkswirtschaft, technischer Fortschritt, Beschäftigungsniveau, Arbeitslosigkeit, Funktionsfähigkeit der staatlichen Daseinsvorsorge / Sozialversicherungssysteme, Zusammenhalt/Solidarität der wesentlichen gesellschaftlichen Gruppen/Milieus und der Generationen, kulturelle Vielfalt und Toleranz, Stabilität der demokratischen Institutionen und Prozesse, Möglichkeiten des sozialen Aufstiegs, Zuwanderung und Integration, Aufrechterhaltung wichtiger Infrastrukturen, gleichwertige Lebensverhältnisse, Unterstützung von Kommunen/Regionen mit besonderem Entwicklungsbedarf und ggf. weitere.

Bei vertiefender Befassung müsste demnach erst der Frage nachgegangen werden, ob und inwieweit es zielführend ist, über die vorliegenden Bemühungen hinaus weitere Anstrengungen zu unternehmen, multikausal begründete aussagekräftige Zukunftsszenarien zur Kriminalität und ihren Deliktsbereichen zu entwickeln. Eine eher skeptische Einschätzung wurde in den methodischen Ausführungen bereits gegeben.

6. Zum Phänomen der Gleichzeitigkeit einer extremen Vielfalt regionaler und kommunaler Bevölkerungsentwicklung

Um den komplexen Wandel zu analysieren, ist eine Betrachtung der Bevölkerungsentwicklung im Durchschnitt aller Kommunen nicht ausreichend.

Stadt- und Gemeindetypen



Stadt- und Gemeindetyp

Großstädte
Kernstädte (kreisfreie Städte über 100.000 Einwohner) und kreisangehörige Oberzentren mit 100.000 Einwohnern und mehr

- um 500.000 Einwohner und mehr
- unter 500.000 Einwohner

Mittelstädte
Ober- und Mittelzentren mit 20.000 Einwohnern und mehr

- 50.000 Einwohner und mehr
- unter 50.000 Einwohner

Kleinstädte

▲ Meist Zentren unterer Stufe, Stadtrecht, meist unter 20.000 Einwohner

Landgemeinden

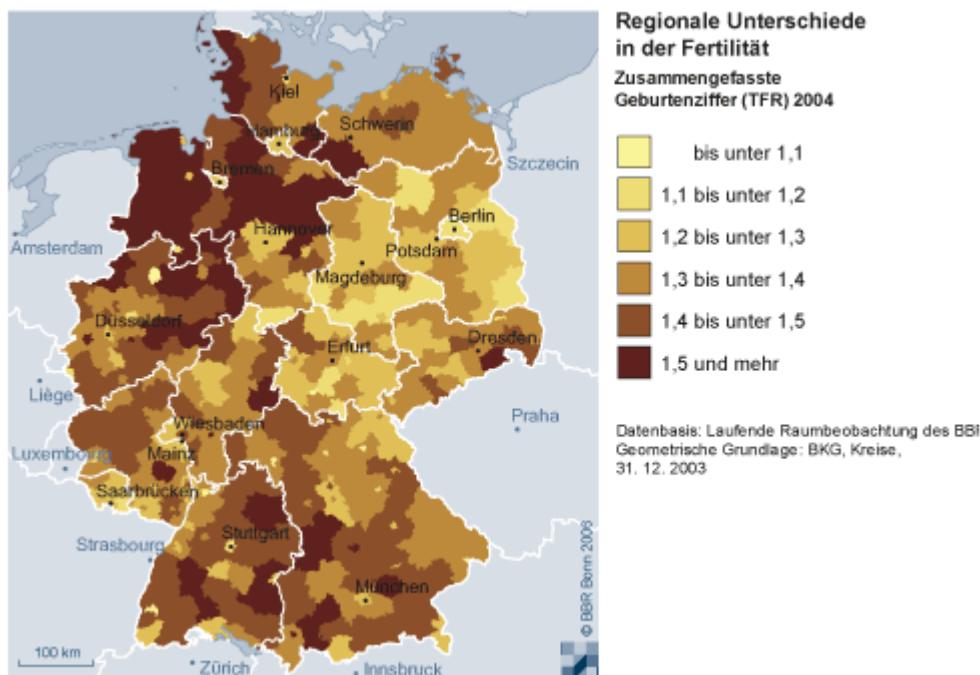
■ 7.500 Einwohner und mehr
■ unter 7.500 Einwohner

Datenbasis: Laufende Raumbearbeitung des BBR, Geometrische Grundlage: BKG, Gemeindeverbände, 31. 12. 2004

(Abb. 6: Stadt- und Gemeindetypen in Deutschland, BBR 2006)

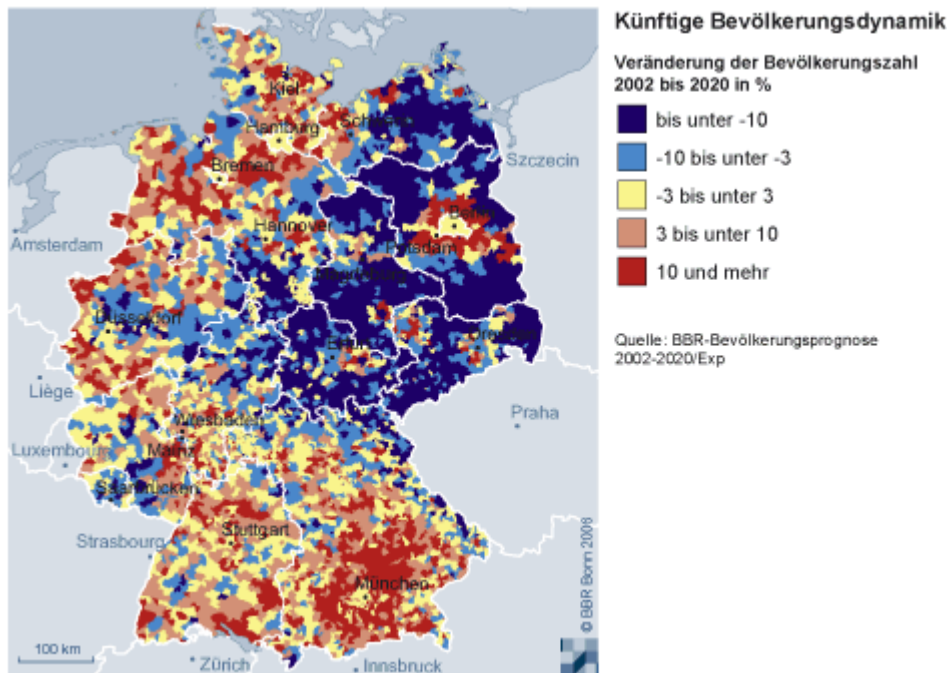
Infolge der Binnenwanderung (im Wettbewerb zwischen den Regionen) werden beispielsweise in den nächsten Jahrzehnten die Einwohnerzahlen der Metropolregionen weiter steigen, während strukturschwache Kommunen dramatisch schrumpfen. Darüber hinaus sind auch die Veränderungen innerhalb der Bevölkerungsstruktur der einzelnen Kommunen zu erwarten und zu betrachten.

Regionale Unterschiede lassen sich bereits hinsichtlich der Geburtenhäufigkeit feststellen. Fertilitätsunterschiede können als Reaktion auf voneinander abweichende Rahmenbedingungen für die Familiengründung sowie durch kulturelle, konfessionelle und lebensstilspezifische Besonderheiten interpretiert werden. Eine große Rolle spielt dabei auch die Wohnortwahl von Frauen in verschiedenen Phasen des Lebenszyklus.



(Abb. 7: Regionale Unterschiede in der Fertilität in Deutschland, BBR 2006)

Zentrales Ergebnis der Raumordnungsprognose des Bundesamtes für Raumordnung und Bauwesen mit Blick zum Jahr 2020 ist die räumliche Spaltung der Bevölkerungsentwicklung. Es wird noch über Jahrzehnte hinweg das Nebeneinander von wachsenden und schrumpfenden Bevölkerungen geben. Die erwartete Dynamik der Gemeinden bis 2020 zeigt ein nur leicht verändertes Muster gegenüber der Vergangenheit. Die frühere innerdeutsche Grenze bildet sich in der Bevölkerungsentwicklung kaum noch ab, wiewohl tendenziell ein Ost-West-Gefälle weiterhin feststellbar ist:



(Abb. 8: Künftige Bevölkerungsdynamik in Deutschland, BBR 2006)

„Vom Ruhrgebiet in Richtung Osten erstreckt sich ein breiter keilförmiger Korridor, in dem vermehrt und zusammenhängend Gemeinden mit abnehmender Bevölkerung liegen. Nordhessen, das südöstliche Niedersachsen und Teile Frankens bilden diesen Keil. In den neuen Ländern dürfen allenfalls suburbane Räume größerer Städte wie Berlin, Leipzig, Dresden, Halle oder Rostock mit Bevölkerungszunahme rechnen. Die bisher ausgedehnten Wachstumsregionen des Westens ziehen sich zurück auf ihre Kerne und "verinseln" immer mehr. Als größere zusammenhängende Gebiete verbleiben im Süden der Raum um München und im Nordwesten das Gebiet um die beiden Hansestädte. Auch die Rheinschiene von Düsseldorf bis in die Oberrheinische Tiefebene und zum Mittleren Neckar, der südliche Schwarzwald und das Bodenseegebiet erwarten noch ein gewisses Wachstum. Die gesplante Dynamik führt zu einer großräumigen Bevölkerungsumverteilung, die im Osten anders aussieht als im Westen“ (vgl. Raumbewachung des Bundesamtes für Bauwesen und Raumordnung, www.bbr.bund.de).

Die *Bertelsmannstiftung* hat im Rahmen eines interdisziplinär angelegten Projekts zur demografischen Entwicklung (bis zum Jahr 2020) kleinräumige Vorausberechnungen der Bevölkerungsentwicklung für alle Kommunen mit mehr als 5000 Einwohnern vorgenommen. Anschließend wurden diese knapp 3000 Städte und Gemeinden (in den ca. 85% der Bevölkerung Deutschlands leben) auf der Basis von acht Indikatoren (Prognose der Bevölkerungsentwicklung 2003 bis 2020, Medianalter 2020, Arbeitsplatzzentralität 2003, Arbeitsplatzentwicklung 1998 bis 2003, Arbeitslosenquote 2003, Kommunale Steuereinnahmen pro Einwohner 2000 bis 2003, Qualifikationsniveau der Einwohner, Anteil der Mehrpersonenhaushalte mit Kindern) im Rahmen einer Clusteranalyse typisiert. 2959 Kommunen wurden in 15 möglichst homogene Cluster zusammengefasst, die zueinander möglichst große Unterschiede aufweisen:

- Stabile Großstädte mit geringem Familienanteil
- Schrumpfende Großstädte im postindustriellen Strukturwandel
- Schrumpfende und alternde ostdeutsche Großstädte
- Prosperierende Wirtschaftszentren
- Stabile Großstädte mit hohem Familienanteil
- Aufstrebende ostdeutsche Großstädte mit Wachstumspotentialen
- Stabile Mittelstädte und regionale Zentren mit geringem Familienanteil
- Suburbane Wohnorte mit hohen Wachstumserwartungen
- Suburbane Wohnorte mit rückläufigen Wachstumserwartungen
- Schrumpfende und alternde ostdeutsche Städte und Gemeinden mit hoher Abwanderung
- Stabile Städte und Gemeinden im ländlichen Raum mit hohem Familienanteil
- Städte und Gemeinden im ländlichen Raum mit geringer Dynamik
- Prosperierende Städte und Gemeinden im ländlichen Raum
- Wirtschaftlich starke Städte und Gemeinden mit hoher Arbeitsplatzzentralität
- Exklusive Standorte

Gleichwohl ist innerhalb der Cluster eine teils erhebliche Varianz der Variablen festzustellen. In jeder Gruppe dominieren zwar bestimmte demografische Trends. Eindeutige Profile, die für alle Clusterkommunen gleichermaßen gelten, gibt es allerdings nicht. Zumeist waren die Indikatoren Arbeitsplatzzentralität, Steuerkraft und Arbeitsplatzentwicklung für die Typisierung wirksamer als die Parameter Bevölkerungsentwicklung und Medianalter. Damit wird auch die Hypothese bestätigt, dass eine isolierte Betrachtung der Demografie kaum hinreichende Anhaltspunkte für eine Interpretation gesellschaftlicher Zukunftsmodelle bietet. In weiteren Schritten wurden die wesentlichen Herausforderungen für die jeweiligen

kommunalen (Demografie-)Typen erarbeitet und erste Handlungsansätze aufgezeigt. Experten aus Wissenschaft und Praxis haben dann für elf zentrale Handlungsfelder (Infrastruktur, Finanzen, Stadtgestaltung/Urbanität, soziale Segregation, Wohnungsmarkt, Integration, Kinder- und Familienfreundlichkeit, Seniorenpolitik, Bildung, Bürgerengagement, Arbeitsmarkt) Empfehlungen erarbeitet. Die Empfehlungen bewegen sich im Spannungsfeld einerseits unerwünschten Entwicklungen gegenzusteuern und sich andererseits auf nicht mehr beeinflussbare Veränderungen rechtzeitig einzustellen. Die Ergebnisse sind im „Wegweiser Demographischer Wandel 2020 – Analyse und Handlungskonzepte für Städte und Gemeinden“ (Gütersloh, 2006) veröffentlicht. Weiterhin wird im Rahmen der „Aktion Demografischer Wandel“ (www.aktion2050.de) durch Kooperationen und Stiftungsprojekte ein längerfristiges Netzwerk gebildet. Schwerpunkt ist die Beratung kommunaler, regionaler und landespolitischer Entscheidungsträger.

Auch die Studie des Berlin-Instituts für Bevölkerung und Entwicklung „Die Demografische Lage der Nation“ (Berlin, 2006) bündelt verschiedene demografische, ökonomische und soziale Indikatoren und gibt einen Überblick über die Zukunftsfähigkeit der deutschen Städte und Landkreise. Eine Ist-Analyse der Indikatoren wird um demografische und ökonomische Trendbewertungen ergänzt. Es ergeben sich skalierte Notenwerte für die einzelnen kreisfreien Städte und Landkreise und für die Bundesländer jeweils zusammengefasst. Rangfolgen (positive und negative Trends) und Cluster (hohe, mittlere und niedrige Werte) lassen sich entsprechend bilden. Es werden die zwölf wichtigsten Ergebnisse dargestellt und dann die Bundesländer in ihren Besonderheiten betrachtet.

In den Darlegungen wird deutlich, dass sich Schrumpfungsprozesse regional konzentrieren, dass sich in den schrumpfenden Regionen die gesellschaftlichen Verteilungskonflikte und sozialen Ungleichheiten verschärfen und verfestigen werden. Weniger werden unmittelbare Generationenkonflikte eine Rolle spielen als vielmehr regionale und soziale Gegensätze und Konflikte. Der Fortgang des Trends einer demografischen Ausdünnung insbesondere ostdeutscher Kommunen aber auch ländlicher und städtischer Gebiete Westdeutschlands kann dramatische Folgen annehmen.

7. Zu den Risiken der Gewalt- und Vorurteilskriminalität in „schrumpfenden und alternden Gebieten mit hoher Abwanderung“

Aus den Erkenntnissen des Raumordnungsberichts des Bundesamtes für Bauwesen und Raumordnung 2005 und auch von den Ergebnissen der Studien „Die demografische Lage der Nation“ (2006) und „Not am Mann“ (2007) vom Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung kann u.a. abgeleitet werden, dass besondere Risiken im Hinblick auf eine Entstehung subkultureller Milieus potentieller (vorurteilsbereiter) Gewalttäter räumlich betrachtet dort zu erwarten (und zum Teil auch schon sichtbar) sind, wo ökonomische(r) und demografische(r) Stagnation bzw. Rückgang die Herausbildung einer zurückbleibenden, perspektivlosen, sozial unterprivilegierten und vor allem männerlastigen Unterschicht indiziert: In ohnehin dünn besiedelten, peripheren Gebieten wird sich kaum noch eine angemessene öffentliche Infrastruktur aufrechterhalten lassen, was wiederum zu weiterem Bevölkerungsschwund führen wird. Frauen wandern überproportional häufig ab, weil sie im Durchschnitt bessere Schul- und Ausbildungsergebnisse aufweisen, was es ihnen leichter macht, andernorts auf Job- und Studienplatzsuche zu gehen. Die höchsten Frauendefizite haben deshalb Regionen, in denen der Arbeitsmarkt für qualifizierte junge Frauen besonders wenig zu bieten hat. Diese Trends betreffen die ostdeutschen Bundesländer (vor allem ländliche Gebiete / Kleinstädte) aber auch Teile des (städtischen) Ruhrgebiets, wo ergänzend Herausforderungen bei der Integration von zugewanderten Mitbürgern zu bewältigen sind.

Aus vielen unqualifizierten und deshalb in ihren Regionen zurückbleibenden jungen Männern entstehen neue gewalttätige Milieus. Die Ergebnisse des Projekts *„Hasskriminalität – Vorurteilskriminalität: Primäre Prävention von Gewalt gegen Gruppenangehörige – insbesondere junge Menschen“* (BMJ/DFK Berlin 2006) ergänzen zur Phänomenologie solcher Gewaltmilieus, die häufig von Rechtsextremisten instrumentalisiert werden:

- Viele dieser Gewalttäter weisen zunächst ein hohes Gewaltpotenzial auf, dass vermutlich in der familiären Sozialisation erworben wurde, und lernen erst später die Rechtfertigungen - den „ideologischen Überbau“ - für ihre aggressiven Interaktionen in Cliquesozialisationen.
- Sehr hoch ist der Anteil der Gewalttäter, die ein (sehr) niedriges Bildungsniveau haben. Das niedrige Bildungsniveau basiert auf einem Konglomerat von Faktoren wie etwa zerstörte familiäre Verhältnisse mit ihren zirkulären Prozessen und Traumatisierungen („broken home“), problematische damit korrespondierende soziale Umgebung (Milieu, Nachbarschaft, Clique, usw.), Störungen des Sozialverhaltens, Persönlichkeitsdefizite



- Gewalttäter bedienen sich leerer Floskel und Platituden als inhaltsloses Alibi für gemeinsame Gewalttätigkeit ohne die ideologischen Hintergründe zu kennen und verstanden zu haben. Attraktiv sind die Gewalt rechtfertigenden und fördernden Inhalte des Rechtsextremismus (wie rassistische Selbstübersteigerungen, Daseinskampf, „Recht des Stärkeren“, Hierarchie, Härte und Männlichkeit).
- Vorurteilsbedingte Gewalt kann durch Gruppenprozesse (häufig auch in Verbindung mit Alkohol) erheblich forciert werden, da die tatauflösenden Reize gegenseitig verstärkt werden, Gewalt anerkannt wird und zu Prestige bei den anderen führen kann. Das Gruppengefühl der Stärke, der erlebte Gruppendruck und die Verantwortungsdiffusion können die Täter weiter enthemmen. Hinzu kommt immer ein konkreter Anlass / die unmittelbare Situation des Handelns (Aktualgenese).
- Übermäßiger und unkontrollierter Konsum von massenmedialen Angeboten und auch Computerspielen kommt anerkanntermaßen große Bedeutung bei der Erzeugung von

Vorurteilen und Feindbildern ebenso zu wie bei der Erhöhung der Gewaltbereitschaft durch die Darbietung gewaltsamer Modelle der Konfliktaustragung.

- Weiteres Kennzeichen sind Empathiedefizite: In den Augen der jungen Täter ist kein Mitleid, kein Bedauern zu erkennen.

Es ist zu befürchten, dass bei Menschen, die in solchen Gewaltmilieus leben, der perspektivlose „Verliererstatus“ nicht nur das individuelle Bewusstsein bestimmt sondern sich die daraus resultierende destruktive Energie auch zunehmend kollektiv potenziert entlädt.

Es gilt zu verhindern, dass Menschen zu Abfall werden, weil sie niemand mehr braucht und ihr Leben nutzlos erscheint. Es geht um ihre Menschenwürde und dann vor allem um die Menschenwürde ihrer potentiellen Opfer. Bereits jetzt steht die Gerichtsbarkeit in den betroffenen Regionen mit den Folgen von Fehlentwicklungen da, bei denen Prävention versäumt wurde (vgl. etwa Die Zeit vom 23.Juni 2005, Gaschke, Susanne: Die Wut der Unterschicht – Der Fall Ronny B. oder warum verwahrloste Jugendliche in Ostdeutschland unvorstellbare Grausamkeiten verüben oder die Analyse von Andres Veiel: Der Kick – Ein Lehrstück über Gewalt, München 2007).

Kontinuierlich werden diese Entwicklungen auch in den jährlich erscheinenden Folgen der „Deutschen Zustände“, die Zwischenergebnisse aus dem 2002 unter Federführung von Wilhelm Heitmeyer begonnenen auf zehn Jahre angelegten Projekt „Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit“ berichten, analysiert und Handlungsbedarfe und Lösungsansätze formuliert. Daran gilt es ernsthaft anzuknüpfen.

Vergleichbare Gefahren bestehen bei sich abschottenden Migranten, insbesondere in schrumpfenden Industriestandorten Westdeutschland. Jungen und junge Männer mit geringen Bildungs- und Arbeitsmöglichkeiten, mit einem kulturell geprägten Männlichkeitsbild und –status bleiben ohne Anschluss und gesellschaftliche Integration und fallen durch hohe Gewaltbereitschaft und –tätigkeit auf. Welche Auswirkungen möglich sind, haben die Unruhen in Frankreich Ende des Jahres 2005 gezeigt.

8. Zu den politischen Handlungserfordernissen bei der Gestaltung des Wandels

Die genannten und auch weitere Studien weisen darauf hin, dass jetzt in den verschiedenen Politikfeldern reagiert werden muss. Es bedarf einer Strategie, an der alle relevanten Akteure/Ressorts, über kurzfristige Wahlperioden hinaus, mitarbeiten, eine Strategie die eine klare Priorisierung und zeitliche Sequenzierung von präzise definierten Maßnahmen umfasst.

Bundestag, Bundesregierung und andere politische Akteure haben (zumeist unter Beteiligung von Experten) entsprechende Problemanalysen und strategische Politikansätze entwickeln lassen, die über die aktuelle Tagespolitik hinausgehen.

Bereits 1992 hatte der 12. Deutsche Bundestag das Erfordernis gesehen, eine Kommission mit dem Thema „Demographischer Wandel – Herausforderungen unserer älter werdenden Gesellschaft an den Einzelnen und die Politik“ zu beauftragen. Die Enquete-Kommission unter Leitung von MdB Walter Link (CDU/CSU) hat 1994 und 1998 jeweils einen Zwischenbericht und 2002 einen Abschlussbericht vorgelegt. Die Herausforderungen des demografischen Wandels werden analysiert und bewertet. Im Ergebnis werden politische Handlungsempfehlungen (für die Bereiche 1. Generationenverhältnis und Familie, 2. Arbeit und Wirtschaft, 3. Migration und Integration, 4. Alterssicherung, 5. Gesundheit, Pflege und soziale Dienste) formuliert, „die zu einem veränderten positiven Denken im Sinne der Chancen des demographischen Wandels beitragen sollen.“

Auch daran anknüpfend sind im Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD für die Bundesebene zukunftsgerichtete Politikansätze in den unterschiedlichen Handlungsfeldern vereinbart, etwa

- Stadtentwicklung als Zukunftsaufgabe (Weiterentwicklung des Programms soziale Stadt durch Bündelung mit Fördermöglichkeiten anderer Ressorts): „Zur Bewältigung des demografischen Wandels und der Migration wollen wir mit Modellvorhaben Städte dabei unterstützen, Wohnquartiere kinder- und familienfreundlich zu gestalten und die Infrastruktur barrierefrei und altengerecht umzubauen.“
- Förderung sozialer Standortfaktoren, um junge Menschen in den Regionen zu halten. „Ein Schwerpunkt wird die Förderung der Bildung sein ... Die Bundesregierung wird begonnene Initiativen für Toleranz und Zivilcourage fortführen und weiter entwickeln.“
- Stärkung einer familienfreundlichen Gesellschaft: „Ziel ist eine ganzheitliche Politik für Familie, Senioren, Frauen und Jugend ... Unsere Familienpolitik geht davon aus, dass Eltern in ihrer primären Erziehungsverantwortung und –fähigkeit gestärkt werden müssen. Das bedeutet, dass insbesondere für Familien mit sozialen Risiken Angebote entwickelt werden, die den Kindern bessere Bildungschancen und Müttern und Vätern grundlegende Kompetenzen vermitteln. Wir wollen dafür sorgen, dass kein Kind verloren geht ... Junge Menschen haben ein Recht auf Bildung, auf ein gesundes Aufwachsen, auf gesellschaftliche Beteiligung und vor allem darauf, dass sie vor physischer und psychischer Gewalt geschützt werden. Im einzelnen:

- Frühe Förderung, die die Erziehung der Eltern ergänzt und Bildungsangebote über das Elternhaus hinaus eröffnet
- Bildung sozialraumbezogener Kristallisationspunkte, die fördernde Angebote für Familien und Generationen unter einem Dach und aus einer Hand ermöglichen (Projekt Mehrgenerationenhäuser)
- Projekt „Frühe Förderung für gefährdete Kinder – Prävention durch Frühförderung“: „Jugendhilfe und gesundheitliche Vorsorge sowie zivilgesellschaftliches Engagement sollen zu einer neuen Qualität der Frühförderung in Familien verzahnt werden. Gerade für die sozial benachteiligten Familien müssen die klassischen „Komm-Strukturen“ vieler Angebote zielgruppenbezogen verbessert und neue „Geh-Strukturen“ entwickelt werden.
- In den „lokalen Bündnissen für Familie“ arbeiten Kommunen, Kammern, Verbände, Wirtschaft und soziale Organisationen erfolgreich zusammen, um attraktive Lebensbedingungen für Familien zu schaffen.
- Neben Familie, Schule und Kindertageseinrichtungen sind auch die Angebote der Jugendarbeit, der kulturellen Jugendbildung, informelle Bildungsprozesse in der Gleichaltrigen-Gruppe sowie im Umgang mit den Medien von Relevanz.
- Evaluierung des Konstrukts „Regulierte Selbstkontrolle“ im Bereich der neuen Medien, Prüfung eines Verbots von „Killerspielen“
- Fortführung und dauerhafte Verstetigung der Förderung von Demokratie und Toleranz: „Ziel ist es, den Handlungsrahmen von Aktionsprogrammen umfassender auszulegen. Damit können wir einen wesentlichen Beitrag leisten, einer zunehmenden Gewaltbereitschaft junger Menschen entgegenzuwirken ... Wir wollen, dass Jugendliche vor Ort motiviert werden und in ihrem Engagement verlässlich unterstützt werden.“
- „Die individuellen und sozialen Kompetenzen junger Menschen wollen wir im Rahmen der Präventionsarbeit im Sinne einer „Peer-Group-Beratung“ verstärkt nutzbar machen, zum Beispiel durch Tutoren- und Mentorenmodelle in Kooperation von Jugendverbänden und Schulen.“
- Nutzung der Potentiale des Alters: „Der demografische Wandel erfordert einen Paradigmenwechsel in der Rolle der Älteren Menschen ... Die aktive Teilhabe älterer Menschen in Wirtschaft und Gesellschaft sowie ihr ehrenamtliches Engagement müssen gefördert werden ...“

- Stärkung der Bürgergesellschaft: „Ohne ein starkes ehrenamtliches Engagement ... für unser Zusammenleben kann unsere Gesellschaft nicht existieren ... Die zivilgesellschaftlichen Initiativen zur Konfliktprävention, zur Integration von Migranten und zur Prävention und Bekämpfung von Extremismus werden wir unterstützen.“
- Förderung der Integration: „Für eine gelungene Integration der Menschen, die auf Dauer zu uns kommen, ist von grundlegender Bedeutung für die innere Verfassung unserer Gesellschaft ... Die damit verbundenen Aufgaben lassen sich nur durch eine ressortübergreifende Zusammenarbeit im Rahmen einer Gesamtkonzeption bewältigen .. Insbesondere die enge Einbeziehung der Eltern durch schulische und außerschulische Bildungs- und Betreuungseinrichtungen ist für Migrantenkinder wesentlich.“

Weitere auf die Gestaltung der Herausforderungen der Zukunft gerichtete Politikkonzepte sind etwa im Nationalen Strategiebericht Alterssicherung, im Nationalen Aktionsplan für Deutschland zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung, in den Förderungen der Stadtentwicklung des Bundes und der Länder, in der Nationalen Strategie für ein kindgerechtes Deutschland, im Nationalen Integrationsplan enthalten.

Die genannten konzeptionellen Ansätze der Zukunftsgestaltung betreffen einen dynamischen gesellschaftlichen Transformationsprozess und sind dem Ziel einer stabilen und für alle Bürger lebenswerten Gesellschaft verpflichtet. Sie sollen sozioökonomischen Fehlentwicklungen zuvorkommen und damit auch Innere Sicherheit in Deutschland mitgestalten. Es gilt den sozialen / gesellschaftlichen Zusammenhalt zwischen den Individuen, Gruppen und Generationen - als strukturellen Schutz vor auch gewaltsamer Devianz – zu stabilisieren. Der Sicherheitsaspekt steht zumeist nicht im Vordergrund, ist aber jeweils zumindest mittelbar betroffen. Insoweit entfalten Strategien und Konzepte der Zukunftssicherung bedeutsame kriminalpräventive Effekte. Derjenigen Kriminalität, die gerade aus übermäßigen gesellschaftlichen Verwerfungen, Konflikten und Werteverlusten entsteht, würde damit im zuvorkommenden Sinne, ursachenorientiert, begegnet werden. Andernfalls drohen gesellschaftliche Konflikte den sozialen Frieden, die öffentliche Sicherheit und Ordnung sowie letztlich die politische Stabilität der Demokratie zu gefährden.

9. Handlungsfelder zur Prävention von Gewalt- und Vorurteilskriminalität in „schrumpfenden und alternden“ Gebieten mit hoher Abwanderung

Lösungen für Gewaltprobleme erwachsen nicht erst aus gezielten Maßnahmen, sondern beginnen bereits bei der Art und Weise wie Gewalt thematisiert und gedanklich behandelt wird: Gewalt als individuelle Handlung oder Gewalt die aus den Verhältnissen, die u.a. durch Macht, Ungleichheit und Zwang geprägt sind, erwächst. Handlungs- und Strukturebene

bieten keinen alternativen Zugang zum Verständnis von Gewalt, sondern müssen gleichzeitig betrachtet werden: „So greift die Annahme, Gewalt in unserer Gesellschaft sei ein Problem individueller Fehlentwicklungen, die aus sozialisatorischen Defiziten, gestörter Persönlichkeitsbildung, moralischer Verwahrlosung usw. resultiert, ebenso zu kurz wie die Vorstellung, Gewalt sei allein Resultat bedrückender Lebensbedingungen oder gesellschaftlich angelegter Ungleichheit. Gewalt ist nicht allein ein Problem individueller Abweichung und nicht nur Folge und Ausdruck bestimmter Strukturen – sie ist stets beides. Eine Kontrolle individueller Gewalt folgt aus der >Domestizierung< des Menschen im Rahmen seiner komplexer werdenden >gesellschaftlichen Organisation< und einer immer enger greifenden Sozialisierung. Die Fähigkeit zur Affektkontrolle, die Beherrschung aggressiver Impulse ist zu einem Element allgemeiner Handlungskompetenz, Selbstzwang zur Voraussetzung gesellschaftlicher Partizipation geworden. Diese kulturelle Sicherung des sozialen Zusammenlebens hat allerdings Schwachstellen“ (zitiert aus dem *Endbericht der Unabhängigen Kommission zur Verhinderung und Bekämpfung von Gewalt in Berlin, 1995, S.21*). Nicht alle sind in gleicher Weise durch das Gewalttabu geschützt. Gewalt gegen Frauen, alte und pflegebedürftige Menschen, Behinderte, Angehörige von Minderheiten und Randgruppen hat auch strukturelle Gründe und hebt sich insofern von anderen Übertretungen des Gewaltverbots ab. „Zum anderen übertreten insbesondere Jugendliche und junge Erwachsene wie auch Angehörige von Gruppen mit geringen politischen und ökonomischen Zugangs- und Teilnahmechancen dieses gesellschaftliche Gewaltverbot mit großer Regelmäßigkeit“ (ebd.). Gewaltverzicht ist deshalb vor allem an gesellschaftliche Integration gebunden und muss für jede Generation und in jeder individuellen Sozialisation erkämpft aufs Neue gestaltet werden.

Bei Handlungserfordernissen, die die *Strukturebene* betreffen, sollten insbesondere Gebiete „mit besonderem Gestaltungsbedarf“ in den Blick genommen werden. Gemeint sind jene bereits erwähnten Räume, die durch Abwanderung, (Über)alterung, Arbeitslosigkeit, Abbau von Infrastruktur, bauliche Altlasten, z.T. Migrationsbelastungen, Entmischung/Segregation, Wohnungs- und Gebäudeleerstand, Kriminalitätsbelastung u.a. in eine Abwärtsspirale geraten sind oder vorhersehbar geraten könnten. Es sind urbane Quartiere in (ehemaligen) Industriestandorten in Ost- und Westdeutschland betroffen, die den bisherigen Strukturwandel unter sich verschärfenden Problemlagen fortsetzen müssen, aber auch ländliche und kleinstädtisch geprägte „Schwundräume“ vor allem in Ostdeutschland.

Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS) und Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR) haben 2007 vorhandene „Strategien der Landes- und Regionalplanung zur Bewältigung des demografischen Wandels“ synoptisch nach

Bundesländern gegliedert aufbereitet. Am Ende werden Forschungsbedarfe insbesondere zur Realität der Umsetzung und zum Erfolg der Maßnahmen (Evaluation) formuliert.

In einem Gutachten hat das Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung im Auftrag des Landtags eine Problemanalyse zum demografischen Wandel im Land Brandenburg einschließlich einer Bewertung der bisherigen Regierungsaktivitäten erarbeitet und anschließend Lösungsvorschläge für eine „Zukunftswende“ formuliert. Als eine wesentliche Grundlage gilt die Erhöhung und Stärkung der Handlungsautonomie von Akteuren im Sinne einer Abkehr von strikter öffentlicher Durchführungsplanung: „Ein Gemeinwesen wird sich darum von selbst – wie von >unsichtbarer Hand< gesteuert, auf die Erfordernisse einer Entwicklung einstellen, *wenn* entsprechende Handlungen Vorteile bringen und diese auf unbürokratische Weise ausgestaltet werden können“ (Berlin Institut: Gutachten zum demografischen Wandel im Land Brandenburg, 2007). Handlungsempfehlungen zur Verbesserung von Anreizstrukturen, Akteurskooperation und Ressourcenbündelung werden im Abschlussbericht des Projekts „Chancen des demographischen Wandels für die Wohnungs- und Städtepolitik“ (Deutscher Verband für Wohnungswesen, Städtebau und Raumordnung e.V., April 2008).

Die wünschenswerte Stärkung der Bürgergesellschaft darf allerdings nicht mit einer Flucht des Staates aus seiner sozialen Verantwortung einhergehen, denn nur der Sozialstaat kann soziale Gegensätze sowie Konflikte strukturell entschärfen und gilt damit als Prinzip und Mittel der Prävention im engeren und weiteren Sinne: Eine moderne Sozialpolitik ist die Basispolitik der Demokratie, die dafür sorgt, dass ein Mensch auch Bürger sein kann. (Heribert Prantl, Kein schöner Land – Die Zerstörung der sozialen Gerechtigkeit, München 2005).

Das aufgezeigte strukturelle Präventionsverständnis ist gleichwohl auf der individuellen Ebene zu ergänzen. Um bereits an den Ursachen aggressiven Verhaltens ansetzen zu können und um bereits früh Fehlentwicklungen bei Kindern und Jugendlichen zu verringern / zu vermeiden (Handlungsebene), orientieren sich frühpräventive Strategien an entwicklungsbeeinflussenden Faktoren. Risikoerhöhende und risikomildernde Bedingungen werden etwa in den Handlungsfeldern Individuum, Familie, Schule, Freizeit unterschieden. Beide Faktoren wirken in dem Gesamtsystem der Sozialisation und sozialen Kontrolle mit vielfältigen Wechselwirkungen auf den zwei Ebenen: Persönlichkeit des Täters (Mikroebene) sowie der gesellschaftlichen Rahmenbedingungen/Einflüsse (Makroebene). Entsprechende Präventionsempfehlungen geben die vom Deutschen Forum für Kriminalprävention herausgegebene Expertise „Gelingensbedingungen für die Prävention von interpersonaler Gewalt im Kindes- und Jugendalter“, (Bonn 2008) sowie der Band „Strategien der

Gewaltprävention im Kindes- und Jugendalter“ vom Deutschen Jugendinstitut (München 2007).

Es wird der Politik empfohlen, dass die Bemühungen zur Förderung der Gewaltprävention auch mit einem räumlichen Fokus

- etwa im Rahmen der Umsetzung des finanzstarken Aktionsprogramms der Bundesregierung „Jugend für Vielfalt, Toleranz und Demokratie – gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit, und Antisemitismus“
- sowie mit Hilfe der Bund-Länder Programme zur Raumentwicklung auf struktureller und individueller Ebene fortgesetzt und verstärkt werden.

Die gemeinsame Initiative der Bundesressorts „Familie, Senioren, Frauen und Jugend“ sowie „Inneres“ zur Stärkung des gesellschaftlichen Zusammenhalts ist daher als ein richtungsweisender übergreifender Handlungsansatz zu verstehen, der unbedingt weiter verfolgt werden sollte (Schäuble, Wolfgang / von der Leyen, Ursula: Was die Gesellschaft zusammenhält, in FAZ vom 06.01.2009).

10. Zusammenfassung der Schlussfolgerungen

- Der demografische Wandel ist als soziales Phänomen mehr als eine bloße Addition bzw. Subtraktion von Personen zu bzw. von einer Population und wird auch nicht durch Berechnungen von Mittelwert, Standardabweichung und Normalverteilung in seiner Komplexität und den Auswirkungen begreifbar.
- Die Vielfalt der Kontextparameter und ihrer Wechselwirkungen untereinander und zur demografischen Entwicklung indizieren bereits, dass der Versuch, weit reichende Szenarien zur zukünftigen Kriminalitätslage zu entwickeln, wenig Aussicht auf Zuverlässigkeit haben würde und deshalb wenig ertragreich für die Ableitung von Handlungserfordernissen sein dürfte. Dennoch könnte - zur Absicherung dieser Einschätzung - in einer Machbarkeitsstudie ausgelotet werden, für welche Deliktsfelder, in welchen räumlichen Bezügen, für welche Bevölkerungsgruppen und mit welchem zeitlichen Horizont Kriminalprognosen im Zusammenhang mit soziodemografischen Parametern sinnvoll wären.
- Es zeigt sich, dass viele bereits jetzt initiierte Politikansätze zur Zukunftssicherung auch mittelbaren Nutzen für die Gestaltung von Innerer Sicherheit entfalten und deshalb uneingeschränkt unterstützt werden sollten. Die Reduktion der Bemühungen auf ein einziges Politikfeld verbietet sich aufgrund der Querschnittseigenschaft der Demografie von selbst. Das aktuelle Problem liegt eher in der konstanten Übersetzung eines Querschnittsansatzes in die einzelnen klassischen Politikfelder

und vor allen dann wieder in der notwendigen Koordination der einzelnen Bereiche bzw. Ressorts. Solange es nicht gelingt, geeignete Strukturen zu nutzen (oder erst zu finden), um mehrere Politikfelder zum Handeln „aus einem Guss“ zu koordinieren, werden die richtigen Gestaltungsansätze ihre Wirkung nur begrenzt entfalten. Auch auf Bundesebene sollte sich um eine Weiterentwicklung in diesem Sinne bemüht werden. Für die kommunale bzw. regionale Ebene sind die bereits vorliegenden Empfehlungen integrierter Strukturpolitik der Bertelsmannstiftung beispielhaft.

- Erkenntnisbedarf besteht zur Frage, wie die immer noch verfestigten Übersetzungs- und Kooperationsdefizit zwischen den Ressorts bzw. Handlungsfeldern überwunden werden können. Entsprechende politikwissenschaftliche Forschungsarbeiten sollten initiiert werden.
- Besondere Risiken sind für die Bereiche der Gewalt gegenüber alten, behinderten und pflegebedürftigen Menschen zu konstatieren, die bei zunehmender Alterung der Gesellschaft größere Herausforderungen für die Prävention indizieren. Bereits bestehende Präventionsansätze gilt es fortzuentwickeln, die Vernetzung und Kooperation der unmittelbar handelnden Akteure zu verbessern und neue Präventionsmöglichkeiten aufzuzeigen
- Schließlich gilt es den (alarmierenden) Risiken für die Gewaltentwicklung im Zusammenhang mit Bevölkerungsverlusten in einzelnen Regionen Deutschlands Rechnung zu tragen. Dazu sind strukturelle und individuelle Ansätze aufeinander abzustimmen und mit großem politischem Nachdruck umzusetzen.

Zum Schluss: Wir leben in einer Zeit, in der sich der schnellste und möglicherweise tiefgreifendste Wandel in der bisherigen Menschheitsgeschichte vollzieht. In den 70er Jahren hat der Club of Rome auf die Grenzen des Wachstums hingewiesen. Die heutigen ökonomischen, sozialen und ökologischen Strukturen befinden sich global betrachtet nur noch in einem labilen Gleichgewicht. In vielen Teilen der Erde gerät die Welt bereits aus den Fugen. Wenn richtig ist, dass es in den kommenden Jahrzehnten viele Möglichkeiten geben wird, die Probleme zu lösen, mit einer einzigen Ausnahme „Weitermachen wie bisher“, dann sind bewusste und aktive Veränderungen erforderlich, im Hinblick auf den Lebensstil jedes einzelnen, das Verhalten der Unternehmen, die Politik, die gesellschaftlichen Ethikvorstellungen und das Verhältnis zwischen den Völkern und Kulturen.

Einstein hat sinngemäß gesagt, man könne die Probleme nicht mit derselben Denkweise lösen, die zu ihrer Entstehung beigetragen haben. Wenn er Recht hat, dann brauchen wir

neue Einsichten, neue Werte und angemessene Visionen. Rationaler Pragmatismus reicht nicht aus.

Literatur:

Attali, Jacques: Die Welt von Morgen. Eine kleine Geschichte der Zukunft, Berlin 2008

Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung: Die Demografische Lage der Nation, Berlin, 2006

Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung: Not am Mann, Berlin, 2007

Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung: Gutachten zum demografischen Wandel im Land Brandenburg, Berlin 2007

Bertelsmannstiftung: Wegweiser Demographischer Wandel 2020 – Analyse und Handlungskonzepte für Städte und Gemeinden, Gütersloh, 2006

Bertelsmannstiftung: Informationsportal www.aktion2050.de

Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR): Informationsportal www.bbr.bund.de

Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen:

- Raumordnungsbericht 2005, Berlin 2005 (BT-Drucksache 15/5500)
- Bund-Länder-Programm „Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf Soziale Stadt“, seit 1999
www.sozialestadt.de
- Strategien der Landes- und Regionalplanung zur Bewältigung des demografischen Wandels, Schriftenreihe Werkstatt Heft 49, Bonn 2007

Bundesministerium für Gesundheit und soziale Sicherung:

- Nationaler Aktionsplan zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung 2003-2005, Strategien zur Stärkung der sozialen Integration (2003) und Implementierungsbericht (2005), Berlin, BT Drucksachen 15/5569 und 15/1420
- Nationaler Strategiebericht Alterssicherung 2005, BT-Drucksache 15/5571

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend: Nationaler Aktionsplan für ein kindgerechtes Deutschland, Berlin 2005

Bundesministerium des Innern: Theorie und Praxis gesellschaftlichen Zusammenhalts – Aktuelle Aspekte der Präventionsdiskussion um Gewalt und Extremismus, Berlin 2008

Bundesregierung, Presse- und Informationsamt: Der Nationale Integrationsplan, Neue Wege – Neue Chancen, Berlin 2007

CDU, CSU und SPD: Gemeinsam für Deutschland – mit Mut und Menschlichkeit, Koalitionsvertrag, Berlin 11.11.2005

Courbage, Youssef / Todd, Emmanuel: Die unaufhaltsame Revolution, München 2008

Deutsches Forum für Kriminalprävention / Polizeiliche Kriminalprävention der Länder und des Bundes: Geborgenheit schenken, Schutz bieten – Sicherheit für Senioren, Berlin / Stuttgart 2006

Deutsches Forum für Kriminalprävention, Bundesministerium für Justiz: Hasskriminalität – Vorurteils-kriminalität: Primäre Prävention von Gewalt gegen Gruppenangehörige – insbesondere junge Menschen, Berlin 2006

Deutsches Forum für Kriminalprävention: Expertise „Gelingensbedingungen für die Prävention von interpersonaler Gewalt im Kindes- und Jugendalter“, Bonn 2008

Deutsches Jugendinstitut: Strategien der Gewaltprävention im Kindes- und Jugendalter, München 2007

Deutsches Institut für Altersvorsorge (DIA): Lebenswelten 2020 – So werden wir leben, Köln 2003

Deutscher Verband für Wohnungswesen, Städtebau und Raumordnung e.V.: Abschlussbericht der Kommission „Chancen des demographischen Wandels für die Wohnungs- und Städtepolitik, Berlin April 2008

Enquetekommission des Deutschen Bundestages: „Demographischer Wandel – Herausforderungen unserer älter werdenden Gesellschaft an den Einzelnen und die Politik“, Schlussbericht, Berlin 2002 (BT-Drucksache 14/8800)

Fukuyama, Francis: The End of History and the Last Men, New York 1992 / Das Ende der Geschichte. Wo stehen wir?, München 1992

Gaschke, Susanne: Die Wut der Unterschicht – Der Fall Ronny B. oder warum verwahrloste Jugendliche in Ostdeutschland unvorstellbare Grausamkeiten verüben, in Die Zeit vom 23. Juni 2005

Heinz, Wolfgang / Spiess, Gerhard: Demographischer Wandel und Kriminalität junger Menschen bis zum Jahre 2050, in forum kriminalprävention 3/2005

Heitmeyer Wilhelm: Deutsche Zustände Folgen 1-6, Frankfurt a.M. jährlich seit 2002

Heitmeyer, Wilhelm, Schrötte Monika (Hrsg.): Gewalt. Beschreibungen – Analysen - Prävention, Bonn 2006

Huntington Samuel: Kampf der Kulturen, New York/München 1996

Lachmann, Günther: Von Not nach Elend – Eine Reise durch deutsche Landschaften und Geisterstädte von morgen, München 2008

Landeskommission Berlin gegen Gewalt: *Endbericht der Unabhängigen Kommission zur Verhinderung und Bekämpfung von Gewalt in Berlin*, 1995

Landeskriminalamt Nordrhein-Westfalen, Kriminalistisch-Kriminologische Forschungsstelle: Trends der Kriminalität in NRW – Eine Zeitreihenanalyse unter Berücksichtigung demographischer und ökonomischer Entwicklungen, Düsseldorf 2006

Laubenthal, Klaus: Phänomenologie der Alterskriminalität, forum kriminalprävention 3/2005

Ministerium für Bauen und Verkehr des Landes Nordrhein-Westfalen: Bericht zur Stadtentwicklung in NRW 2006, Herausforderungen des demografischen Wandels, Düsseldorf 2006

Prantl, Heribert: Kein schöner Land – Die Zerstörung der sozialen Gerechtigkeit, München 2005

Roß, Jan: Was bleibt von uns? Das Ende der westlichen Herrschaft, Berlin 2008

Schäuble, Wolfgang / von der Leyen, Ursula: Was die Gesellschaft zusammenhält, in FAZ vom 06.01.2009

Spengler, Oswald: Der Untergang des Abendlandes, 1. Auflage München 1917

Statistisches Bundesamt: Bevölkerung Deutschlands bis 2050, 11. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung, Wiesbaden 2006

Veiel, Andres: Der Kick – Ein Lehrstück über Gewalt, München 2007

Heute für ein
Heute für ein **besseres** Morgen.
besseres Morgen.